

lediglich auf wenige Projekte für humanitäre Hilfe beschränkt war. Während im Jahre 1988 Entwicklungskredite in Höhe von 300 Mio.US\$ an China gegangen waren, umfaßte das Kreditvolumen im letzten Jahr lediglich einen Kredit von 50 Mio.US\$ für die chinesische Landwirtschaftsbank und einen Kredit von 1,8 Mio.US\$ für vier Projekte der technischen Unterstützung. (SCMP, 3.4.91) -schü-

*(24)

Konvertibilität der chinesischen Währung geplant?

Anfang April wurde die chinesische Währung erneut abgewertet, allerdings lediglich um 0,95%, so daß sich der Wechselkurs des RMB/Yuan gegenüber dem US\$ von 5,2090 auf 5,2589 veränderte. Insgesamt wurde der Wert des RMB/Yuan in den letzten 15 Monaten damit zu dritten Mal gesenkt; im Dezember 1989 um 21,2% und im November 1990 um 9,57%.

Eine offizielle chinesische Stellungnahme zur Abwertung wurde nicht veröffentlicht, doch gehen ausländische Experten von weiteren Anpassungen der Währung an den tatsächlichen Marktwert aus, der schätzungsweise noch 5-10% tiefer liegt. Bisher ist die chinesische Währung nicht frei konvertibel, und lediglich auf den Swap-Märkten, auf denen Außenhandelsgesellschaften ihre Devisenüberschüsse tauschen, entsteht ein Devisenkurs nach Angebot und Nachfrage. Die Bedingungen für eine schrittweise Freigabe des RMB/Yuan bis zur völligen Konvertibilität sind nach ausländischen Einschätzungen relativ günstig, da China durch die Exportüberschüsse im letzten Jahr Devisenreserven von 26 Mrd.US\$ realisieren konnte. (ASWJ, 15.4.91; HB, 15.4.91) -schü-

Binnenwirtschaft

*(25)

Wirtschaftliche Entwicklung im 1. Quartal 1991

Nach Angaben von Zhang Zhongji, Sprecher des staatlichen Statistikamtes, erholte sich die Wirtschaft in den ersten drei Monaten dieses Jahres deutlich.

Die bereits in den letzten Monaten des Jahres 1990 begonnene starke Erhöhung des industriellen Bruttoproduktionswertes setzte sich auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres fort. Insgesamt betrug der Zuwachs im 1. Quartal 13,7% gegenüber der Vorjahresperiode; das Wachstum der staatlichen Unternehmen machte 9,6% aus.

Auch der inländische Konsumgütermarkt soll sich nach offiziellen Angaben wieder belebt haben. Der Einzelhandelsumsatz erhöhte sich um 13% im Vergleich zum 1.Quartal des Jahres 1990.

Im Außenhandel konnte China in den ersten drei Monaten wiederum einen Handelsüberschuß erzielen. Nach chinesischen Zollstatistiken betrug der Exportwert 13,39 Mrd.US\$ und der Importwert 11,14 Mrd.US\$. Einem Anstieg der Exporte um 24,1% stand eine Erhöhung der Importe um 11,7% gegenüber. Nach Angaben von Zhang Zhongji gingen die Importe von hochwertigen Konsumgütern wie Farb-TV und Kassettenrekorder weiter zurück, während sich die Importe von Produktionsgütern erhöhten.

Als weitere Indikatoren für die Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Situation nannte Zhang Zhongji die Erhöhung der staatlichen Einnahmen und daraus resultierend eine stabile finanzielle Situation sowie die Reduzierung des Unterschieds zwischen Krediten und Ersparnissen. Unter der Voraussetzung, daß die Kontrolle über das gesamte Kreditvolumen aufrechterhalten wird, kann nach Zhang auch eine stabile Zuwachsrate garantiert werden.

Den hohen Wachstumsraten im 1. Quartal dieses Jahres steht jedoch eine Reihe von kritischen Faktoren gegenüber. Hierzu zählten die weiterhin geringe Effizienz der [staatlichen] Unternehmen, die Zunahme der Lagerhaltung und des Kostenanstiegs, die insgesamt zum weiteren Rückgang der Gewinne vieler Unternehmen beigetragen haben. Auch das Problem der Getreideaufkäufe ist noch nicht gelöst, da noch immer viele Bauern darauf warten, ihre Überschüsse verkaufen zu können. Darüber hinaus erfolgte in den großen und mittleren Städten wieder ein relativ schneller Anstieg der Einzelhandelspreise. Als destabilisierend wird von Zhang auch die Tatsache dargestellt, daß die hohe Kredit-

menge des Jahres 1990 noch nicht absorbiert wurde, während die Investitionskreditnachfrage wieder schnell gestiegen ist. (XNA, 23.4.91) -schü-

*(26)

Wirtschaftsplanung 1991

Auf der 4. Tagung des 7. Nationalen Volkskongresses (NVK) lieferte Zou Jiahua, Staatskommissar und Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission, einen Bericht über die Realisierung der Wirtschaftsplanung des letzten Jahres und über die Planung für 1991.

Die im März 1990 im Tätigkeitsbericht der Regierung auf der 3. Tagung des 7. NVK von Ministerpräsident Li Peng vorgestellten Planziele wurden überwiegend erreicht bzw. überschritten. Die geplante Erhöhung des Bruttosozialprodukts um 5% konnte realisiert werden, während das im Plan vorgesehene 6%-ige Wachstum des industriellen Bruttoproduktionswertes höher ausfiel und 7,6% ausmachte. (SWB, 29.3.91) Allerdings fiel die Wachstumsrate bei Betrachtung unterschiedlicher Eigentumsformen in der Industrie sehr verschieden aus und spiegelte die Schwäche der staatlichen Industriebetriebe wider. Während nämlich das Wachstum in der staatseigenen Industrie lediglich 2,9% ausmachte, betrug der Zuwachs in der kollektiveigenen Industrie 9,1% (Gemeindebetriebe + 12,5%) und in der privaten Industrie 21,6%. Die Zuwachsrate der industriellen Produktion in den Joint Ventures, Kooperationsunternehmen und Unternehmen im ausschließlich ausländischen Eigentum erhöhte sich sogar um 56%. Der Rückgang der wirtschaftlichen Effizienz spiegelt sich auch in der um 18,5% im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Ablieferung von Steuern und Gewinnen an den Staat wider, in der Zunahme der Umschlagsgeschwindigkeit des planmäßigen Umlaufkapitals von 109 auf 127 Tage sowie im Rückgang der Gewinne pro 100 Yuan eingesetzten Kapitals von 19,36 Yuan im Jahre 1989 auf 13,76 im Jahre 1990.

Zwar betrug der Zuwachs des landwirtschaftlichen Bruttoproduktionswerts 6,9% und lag damit über dem mit 4% geplanten Wert. Der Erhöhung des Getreideoutputs auf 435 Mio.t bzw. um 6,7% überstieg wesentlich das auf 412,5 Mio.t festgelegte Produk-

tionsziel, damit nahm auch der Produktionswert im Ackerbau um 8,3% gegenüber dem Jahr 1989 zu. Insgesamt wird diese Entwicklung jedoch noch nicht als eine Stabilisierung der Produktionskapazitäten in der Landwirtschaft angesehen.

Erfolge konnte die Regierung bei der Reduzierung der Inflationsrate auf einen Anstieg von 2,1% erzielen. Allerdings wies das Staatliche Statistikamt in seinem Bericht vom Januar d.J. bereits auf die Gefahr einer neuen Inflationsrunde hin. Im Außenhandel konnte 1990 seit langem wieder ein Überschuss erzielt werden, durch den die Devisenreserven deutlich anstiegen. Während es China gelang, den Zuwachs der Importe auf 9,8% zu beschränken, konnten die Exporte um 18,1% ausgeweitet werden.

Insgesamt kennzeichnet Zou Jiahua in seinem Bericht die wirtschaftliche Lage weiterhin als kritisch, da 1. sich die industrielle Produktion sehr unausgeglichen entwickelte, 2. weiterhin Probleme im Handel existierten, 3. nur langsame Fortschritte bei der wirtschaftlichen Umgestaltung festzustellen waren und die wirtschaftliche Effizienz weiterhin niedrig blieb und 4. sich die Finanzsituation des Staates weiter verschlechterte.

Für das Jahr 1991 sieht die staatliche Planung eine Erhöhung des Bruttosozialprodukts um 4,5% vor; dieser Zielwert liegt damit unter dem innerhalb des 8. Fünfjahresplanes (1991-95) angestrebten durchschnittlichen Wachstums von 6% im Jahr. Der geplante Zuwachs des landwirtschaftlichen Bruttoerzeugnisses für 1991 um 3,5% liegt unter dem im Vorjahr realisierten Niveau. Auch die Plandaten für die landwirtschaftliche Produktion gehen überwiegend von der Realisierung gleicher oder sogar niedrigerer Outputmengen für 1991 im Vergleich zum Vorjahr aus. So sieht die Planung eine Getreideproduktionsmenge von lediglich 425 Mio.t (1990: 435 Mio.t) vor; allerdings soll die Getreideanbaufläche bei rund 110 Mio. Hektar stabilisiert und für Baumwolle um 5,7 Mio. Hektar vergrößert werden. Weiterhin ist eine Produktionsmenge für Baumwolle von 4,5 Mio.t (1990: 4,47 Mio.t), für Ölpflanzen von 16,3 Mio.t. (1990: 16,15 Mio.t), für zuckerhaltige Pflanzen von 72 Mio.t (1990: 71,8 Mio.t), für Fleisch von 28,4 Mio.t (1990: 25,04

Mio.t) und für aquatische Produkte von 12,4 Mio.t. (1990: 12,18 Mio.t) geplant.

Der industrielle Bruttoerzeugniswert soll in diesem Jahr um 6% zunehmen, ein Zuwachs, der auch für 1990 angestrebt wurde. Um dieses Ziel zu erreichen, wird nach Zou Jiahua eine Erhöhung des industriellen Bruttoerzeugnisses der staatlichen Industriebetriebe um 3-4% und der Dorf- und Gemeindeunternehmen um 10-12% erforderlich sein. Geplant ist weiterhin eine Erhöhung der Kohleproduktion auf 1,110 Mio.t (1990: 1,080 Mio.t), der Rohölproduktion auf 139,3 Mio.t (1990: 138,8 Mio.t) und der Stromerzeugung auf 645 Mrd.kWh (1990: 618 Mrd.kWh). Insgesamt soll die Wirtschaftsstruktur verbessert sowie die Effizienz erhöht und zwischen den wichtigsten Sektoren ein Gleichgewicht aufrechterhalten werden.

Während die Investitionen in Anlagevermögen im Jahre 1990 gegenüber dem Vorjahr lediglich um 4,5% bzw. 18,5 Mrd.Yuan auf insgesamt 445,1 Mrd.Yuan erhöht wurden, sieht die Planung für das Jahr 1990 eine wesentliche Steigerung vor. So sollen die Anlageinvestitionen in diesem Jahr um 12,3% bzw. um 54,9 Mrd. Yuan ausgeweitet werden und insgesamt 500 Mrd. Yuan ausmachen. Der Anteil der staatlichen Unternehmen und Institutionen an den gesamten Investitionen im Jahre 1991 soll 324,5 Mrd.Yuan ausmachen (1990: 292,7 Mrd. Yuan), der restliche Anteil von 175,5 Mrd. Yuan soll auf die kollektiveigenen Betriebe und Institutionen und auf individuelle Investitionen entfallen. Geplant ist, daß die staatlichen Unternehmen und Institutionen ihre Investitionen wie folgt aufteilen: 165 Mrd. Yuan für den Investbau, 95 Mrd. für die technologische Erneuerung, 6 Mrd. Yuan für den Kauf von Fahrzeugen, Schiffen und Flugzeugen, 29 Mrd. Yuan für Schaffung von Wohnraum, der auf dem Markt angeboten werden soll, sowie 29,5 Mrd. Yuan für sonstige Zwecke.

Für 1991 kündigte Zou Jiahua die weitere Vertiefung der Reformen an. So sollen vor allem die staatlichen Industriebetriebe belebt werden durch Verbesserung des vertraglichen Verantwortungssystems in den Unternehmen, Durchsetzung autonomer Entscheidungsrechte der Betriebsleiter, Förderung von Unternehmenszusam-

enschlüssen und durch weitere Experimente mit dem Pachtsystem und Kapitalbeteiligungsgesellschaften. Auch die weitere Fortführung der Preisreform und die Stärkung der Funktion der Zentralbank bei der makroökonomischen Steuerung ist vorgesehen. (SWB, 29.3.91; Statistisches Kommuniqué vom Staatlichen Statistikamt der VR China über die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung China 1990, abgedruckt in Ca, 1991, S. 176-185) -schü-

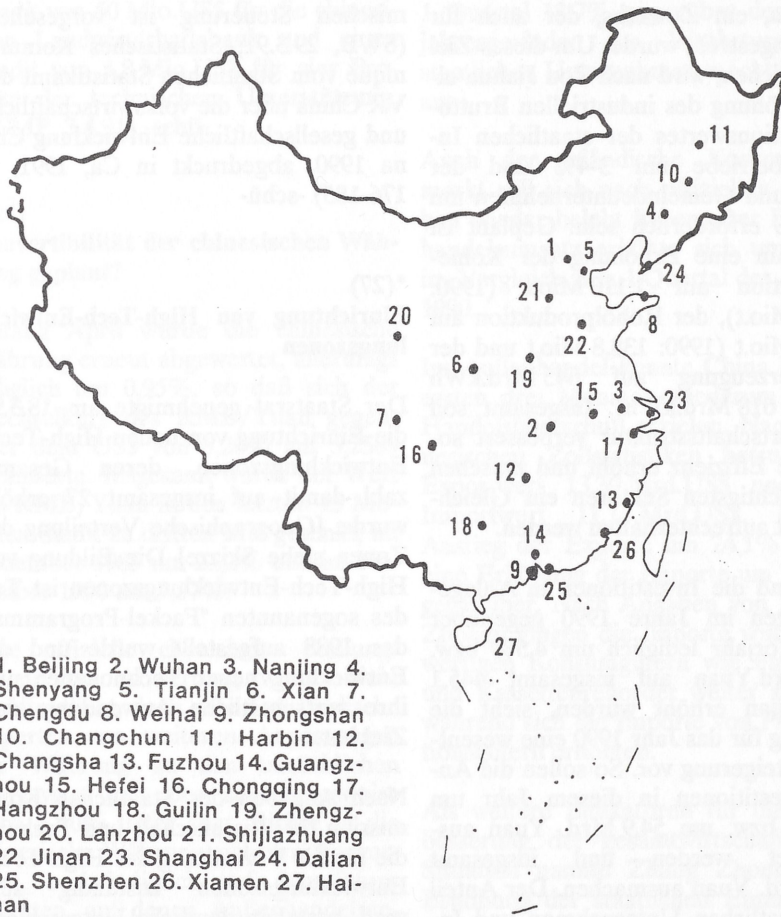
*(27)

Einrichtung von High-Tech-Entwicklungszonen

Der Staatsrat genehmigte am 18.3.91 die Einrichtung von neuen High-Tech-Entwicklungszonen, deren Gesamtzahl damit auf insgesamt 27 erhöht wurde. [Geographische Verteilung der Zonen siehe Skizze] Die Bildung von High-Tech-Entwicklungszonen ist Teil des sogenannten "Fackel-Programms", das 1988 aufgestellt wurde und die Entwicklung neuer Technologien und ihre wirtschaftliche Anwendung zum Ziel hat.

Nach Angaben der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik, die für die Verwaltung der High-Tech-Entwicklungszonen zuständig sein wird, bestehen deutliche Unterschiede zwischen den Wirtschafts- und den Entwicklungszonen für Wirtschaft und Technologie einerseits und den vom Staatsrat im März genehmigten High-Tech-Entwicklungszonen andererseits. So sollen durch die Einrichtung der erstgenannten Gebiete insbesondere die Absorbierung ausländischen Kapitals sowie ausländischer Technologie erfolgen und die Finanzmittel zunächst zur Entwicklung der Küstengebiete und danach zur Unterstützung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung eingesetzt werden. Die Einrichtung von High-Tech-Entwicklungszonen, in denen neue Technologien und Spitzentechnologien entwickelt und eingesetzt werden, soll dagegen hauptsächlich auf eigenen Kräften im Forschungs- und Technikbereich basieren sowie die Verwertung und Verbreitung von Technologien begünstigen. Ziel ist es, die lokale Wirtschaftsentwicklung, die gesamte Industrie- und Produktstruktur, den technischen Fortschritt, die Arbeitsproduktivität, die wirtschaftliche Effizienz und

Skizze für 27 chinesische High-Tech-Erschließungszonen:



Quelle: *Beijing Rundschau* 16/1991, S.27

die Wettbewerbsfähigkeit chinesischer Produkte auf dem internationalen Markt zu fördern. (XNA, 2.4.91; SWB, 3.4.91)

Da auf ausländisches Kapital und ausländische Technologie jedoch nicht verzichtet werden soll [kann], sind ähnlich wie in den Wirtschafts- und Entwicklungszonen für Wirtschaft und Technologie besondere präferentielle Anreize für Investoren aus dem Ausland vorgesehen. Hierzu zählt ein Steuersatz von 15% für sino-ausländische Joint Ventures allgemein und eine Besteuerung von 10% für solche Unternehmen mit ausländischem Kapital, deren Exportanteil am gesamten jährlichen Verkaufswert 70% überschreitet. In den ersten zwei Jahren werden sino-ausländische Joint Ventures von der Besteuerung ausgenommen und können im Bedarfsfall auch danach eine Steuerreduzierung beantragen.

Auch die Errichtung von Produktionsstätten, in denen Importe unter Zollaufsicht be- oder verarbeitet werden, ist in den High-Tech-Entwicklungszonen vorgesehen. (SWB, 2.3.9)

Auf Vorschlag der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik hat der Staatsrat besondere Kriterien für die Unternehmen festgelegt, die sich in den High-Tech-Entwicklungszonen niederlassen dürfen. Danach wird zunächst der Bereich der neuen und Spitzentechnologien eingeschränkt auf z.B. Mikroelektronik und elektronische Informationstechnologie, Weltraumforschung und Raumfahrttechnologie, optisch-elektronische Technologie, Technologien zur Energieeinsparung, etc. Weiterhin sollen die Unternehmen Know-how- und technologieintensiv sein, d.h. in Forschung, Entwicklung und Produktion neuer Technologien und Produkte engagiert sein.

Vorausgesetzt wird ein Anteil von mehr als 30% Wissenschaftler und Techniker an der Gesamtzahl der Beschäftigten im Unternehmen. Außerdem sollen mindestens 3% des Bruttogewinns des Unternehmens für Forschung und Entwicklung neuer und Spitzentechnologien eingesetzt werden. Weiterhin wird damit gerechnet, daß 50% des jährlichen Bruttogewinns aus den Bereichen technische Dienstleistungen und Verkauf von Produkten mit neuen und Spitzentechnologien stammt. (SWB, 21.3.91)

Nach Angaben des stellvertretenden Vorsitzenden der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik, Li Xue, ist die Durchsetzung des "Fackel-Programms" auch deshalb notwendig, weil in China im Vergleich zu den wirtschaftlich höher entwickelten Ländern ein wesentlich geringerer Anteil des Wirtschaftswachstums auf Fortschritte im Wissenschafts- und Technikbereich zurückzuführen ist. Während dieser Anteil in China lediglich 30% ausmacht, sind in den Industrieländern 60% des Wirtschaftswachstums durch neue Entwicklungen in Wissenschaft und Technik begründet. (BRu, 16/1991, S. 26/27)

Als Beispiel für die Durchsetzung des "Fackel-Programms" gilt einem Bericht der *Beijing Rundschau* nach die Einführung neuer Technologien in Shenyang, Hauptstadt der Provinz Liaoning, das zu den Zentren der Schwerindustrie zählt. Die eingesetzte Technologie in den rund 5.000 Betrieben ist überwiegend veraltet und stammt zu 70% noch aus der Zeit vor 1960. Eine einseitige Industriestruktur, zu hoher Verbrauch an Energie, Roh- und Werkstoffen sowie mangelnde Konkurrenzfähigkeit der Produkte gelten als weitere Problembereiche. Im August 1989 entschied die Staatliche Kommission für Wissenschaft und Technik, Shenyang als Versuchsstadt für die Umsetzung des "Fackel-Programms" auszuwählen. Den in den letzten fünf Jahren neu entstandenen Unternehmen für Robotertechnik, Integrationsschaltungen, lichtempfindlichen Materialien und Sensoren wurde die Entwicklung von ein bis zwei neuen Produkten zur Auflage gemacht. Diese neuen Produkte sollten gute Vermarktungsmöglichkeiten aufweisen, in Serienproduktion herzustellen sein und hohe Gewinne erbringen können. Die Verbreitung der neuen Technologien

übernahmen Entwicklungszentren der Stadt Shenyang. Als Auswirkung des "Fackel-Programms" wird in der Periode des 8. Fünfjahresplanes (1991-95) mit einer Erhöhung des Produktionswertes um ca. 2 Mrd. Yuan gerechnet. (BRu, 16/1991, S. 27 u.28)

Inwieweit das Konzept der High-Tech-Entwicklungszonen für ausländische Investoren einen Anreiz bietet, scheint mehr als fraglich zu sein. So ist es nur schwer vorstellbar, daß ausländische Unternehmen mit Spitzentechnologien nach China gehen oder sogar dort eine Forschungsabteilung unterhalten werden. Ob das Ziel erreicht werden kann, die chinesischen Unternehmen, die in den Bereichen der Spitzentechnologie arbeiten und sich überwiegend im staatlichen Eigentum befinden, zunehmend in den High-Tech-Entwicklungszonen zu konzentrieren, ist auch ungewiß, da sicherlich die lokalen Verwaltungseinheiten ihre Interessen an profitablen Unternehmen verteidigen werden. -schü-

*(28)

Nordostchinesische Provinzen drängen auf Umgestaltung der staatlichen Unternehmen

In einer Diskussion von Vertretern der nordostchinesischen Provinzen Liaoning, Jilin und Heilongjiang Ende März wurde deutlich, daß für diese Region die im 8. Fünfjahresplan angekündigte Umgestaltung der staatlichen Unternehmen besonders dringend ist. In den nordostchinesischen Provinzen sind rund 1.700 mittlere und große staatliche Unternehmen angesiedelt, ca. 900 Unternehmen allein in der Provinz Liaoning. Aufgrund nicht durchgesetzter Reformen, mangelnder Finanzmittel des Staates und hoher Inflationsraten gerieten diese staatlichen Unternehmen in große Schwierigkeiten. So machte das durchschnittliche Wachstum der industriellen Produktion in diesen Unternehmen lediglich 0,6% aus und lag damit wesentlich unter der Wachstumsrate von 7,6% im Landesdurchschnitt. Zum Rückgang der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dieser Unternehmen trug auch die Tatsache bei, daß ihre maschinellen Anlagen veraltet sind und sie Absatzschwierigkeiten bei der Vermarktung ihrer Produkte haben.

Der Schlüssel zur Belebung der mittleren und großen staatlichen Unternehmen liegt denn auch nach Aussagen von Yue Qifeng, Gouverneur der Provinz Liaoning, in der Erneuerung der technologischen Ausstattung, die innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre durchgeführt werden soll. Vor dem Hintergrund mangelnder Finanzmittel zur technischen Umgestaltung in den Unternehmen und in den staatlichen Haushalten ist es jedoch fraglich, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Nach Wu Disheng, Bürgermeister von Shenyang, Hauptstadt der Provinz Liaoning, sollen die notwendigen Investitionsmittel durch die Erschließung aller möglichen Finanzquellen und Einrichtung spezieller Fonds bereitgestellt werden. Außerdem müßte die finanzielle Belastung der Unternehmen reduziert werden. Gerade in der Provinzhauptstadt Shenyang, die zu den schwerindustriellen Produktionsbasen mit überkommener Technologie und Produktionsstruktur zählt, erhöhten sich die Lagerbestände in den mittleren und großen staatlichen Unternehmen auf 1,9 Mrd. Yuan und die Gewinne der Unternehmen gingen drastisch zurück.

Ein Beispiel für die mit dem dualen Preissystem verbundenen Probleme der staatlichen Unternehmen bietet das Anshaner Eisen- und Stahlwerk in der Provinz Liaoning. Nach Angaben des stellvertretenden Unternehmensdirektors Zhang Yu erstreckt sich die staatliche Aufkaufsquote auf 93% der Produkte, doch kann der Staat die Versorgung des Unternehmens mit Kohle, Elektrizität und Eisenlegierungen nicht sichern. Um die staatlichen Planaufgaben zu erfüllen, ist das Unternehmen von Rohstoffkäufen auf dem Markt abhängig. Dies wiederum erhöht die Produktionskosten erheblich, da die Marktpreise über den staatlichen Preisen für industrielle Inputs liegen. Nur durch eine präferentielle Politik können die Unternehmen nach Zhang Yu ihre kritische Situation überwinden.

Daß die Belebung der staatlichen Industriebetriebe nicht nur ein technisches Problem ist, das durch moderne Produktionsanlagen gelöst werden kann, sondern auch eine größere Marktorientierung notwendig macht, geht aus einer Erklärung Quan Shu-

rens, Parteisekretär der Provinz Liaoning, hervor. Unter der Fragestellung, welche Maßnahmen zur Umgestaltung der staatlichen Industriebetriebe erforderlich sind, führte Quan im Januar dieses Jahres eine Untersuchung in den drei größten staatlichen Unternehmen Shenyangs durch. Hierbei kam er zu dem Ergebnis, daß die Entwicklung neuer Produkte mit guten Vermarktungsmöglichkeiten Priorität vor einer technologischen Umgestaltung haben muß. Zwar habe die Provinz während des 7. Fünfjahresplanes (1986-90) bereits einen wesentlichen Beitrag zur technischen Erneuerung geleistet, doch wären die Resultate eher unbefriedigend gewesen. Der Grund hierfür liegt nach Quan darin, daß keine klare Richtung bei der technologischen Transformation bestanden habe. Obwohl einige Unternehmen relativ hohe Modernisierungsinvestitionen durchgeführt hätten, wären sie nicht in der Lage gewesen, auch nur ein einziges vorzeigbares Produkt zu entwickeln. (SWB, 24.1.1991)

Von den Provinzvertretern Nordostchinas wurde auch der Zusammenschluß zu Unternehmensgruppen als Möglichkeit der Umgestaltung der Unternehmen diskutiert. (XNA, 31.3.91)

Insgesamt können die drei nordöstlichen Provinzen im Vergleich zu den süd- und südwestlichen Regionen als "Reformverlierer" bezeichnet werden. So muß die nordöstlichste Provinz Heilongjiang jährlich hohe Einbußen durch den Verkauf ihrer Rohstoffe zu staatlich festgelegten Mindestpreisen und Einfuhr industrieller Fertigprodukte aus anderen Provinzen zu Höchstpreisen hinnehmen. Heilongjiang zählt zu den führenden Produzenten von Erdöl, Kohle und Holz, für die der Staat fixe Ablieferungsquoten und Preise unterhalb der Marktpreise festlegt. Die der Grundstoffindustrie Heilongjiangs hierdurch entstehenden Verluste sollen sich bereits pro Jahr auf 3,6 Mrd. Yuan belaufen. Um das Entwicklungsgefälle zwischen Heilongjiang und den Rohstoffe verarbeitenden Provinzen abzubauen, will die Provinz nunmehr eigene Verarbeitungszentren errichten. So ist u.a. der Bau von Erdölraffinerien, Kraftwerken und Produktionsbetrieben für Papier und Holz geplant. Zur Realisierung der neuen Entwicklungsstrategie

will Heilongjiang ausländischen Investoren und Fachleuten besondere Präferenzen und Anreize einräumen. (XNA, 4.4.91)

Die Provinz Jilin zählt zu den führenden Getreideproduzenten Chinas. Allein im letzten Jahr konnte die Provinz ihren Getreideoutput gegenüber dem Jahr 1989 um 5,2 Mio.t erhöhen; dies machte rund ein Drittel des gesamten Anstiegs der Getreideproduktion von 1990 aus. (XNA, 26.11.90) Aufgrund der niedrigen staatlichen Aufkaufpreise für Getreide und der hohen Subventionen für die städtischen Konsumenten hat Jilin jedoch nach Angaben des Provinzgouverneurs Wang Zhongyu mit steigender Getreideproduktion zunehmende Verluste hinnehmen müssen, die sich auf rund 100 Mio. Yuan belaufen sollen. (JJRB, 9.1.91) Auch die staatlichen Unternehmen der Provinz, die rund 70% der gesamten Unternehmen ausmachen, haben in den letzten Jahren mit einem Rückgang der Produktivität und Gewinne kämpfen müssen. Im Herbst 1990 wurden deshalb besondere Anreize für solche Wirtschaftskader geschaffen, die bereit waren, Pacht- oder Verantwortungsverträge für die Tätigkeit in rückständigen Unternehmen oder in Unternehmen abzuschließen, die ganz oder teilweise ihre Produktion einstellen mußten. (SWB, 19.10.90) Auch Jilin plant, durch Entwicklung neuer Produkte die Wirtschaft zu beleben. Vorgesehen ist beispielsweise eine Diversifizierung des Produktmix in den Bereichen Automobil-, Maschinenbau-, Chemie- und Textilindustrie, wobei auch die Kooperation mit ausländischen Investoren erreicht werden soll. (XNA, 15.1.91)

Die restriktive Wirtschaftspolitik der letzten Jahre traf die Provinz Liaoning als traditionelles Zentrum der Schwerindustrie mit einem hohen Anteil staatlicher Unternehmen besonders hart. Auch offiziell wird bestätigt, daß seit 1988 viele Arbeitskräfte ihre Beschäftigung verloren haben und daß insbesondere 1990 die schleppende Marktnachfrage und knappe Finanzmittel die wirtschaftliche Entwicklung behinderten. (XNA, 25.2.91) Zur Modernisierung der Industrieanlagen plant die Provinz in der Periode des 8.Fünfhjahresplanes, ausländischen Investoren ökonomische Anreize zur Kooperation in der Elektroniktechnik sowie in der petrochemischen und metallurgischen

Industrie zu bieten. Obwohl in den letzten fünf Jahren 1.118 Unternehmen mit ausländischem Kapital genehmigt wurden, haben jedoch nur 463 Unternehmen bisher ihren Betrieb aufgenommen. (XNA, 2.4.91) -schü-

Taiwan

*(29)

Änderung der provisorischen Verfassungszusatzartikel

Die Nationalversammlung hat am 22. April auf einer außerordentlichen Tagung in Taipei die 43 Jahre geltenden verfassungskräftigen "Provisorischen Artikel für die Periode der Mobilmachung zur Niederwerfung der (kommunistischen) Rebellion" (PAPMNR) außer Kraft gesetzt und gleichzeitig die neuen "Zusatzänderungsartikel der Verfassung der Republik China" (ZVRC) verabschiedet. (LHB, 23.4.91; ZYRB, 23.4.91; FCJ, 2.5.91) Die von der Nationalversammlung zuerst 1948 in Nanjing (Nanking) verabschiedeten und dann in Taiwan mehrmals ergänzten PAPMNR haben mehrere wichtige Artikel der Verfassung von 1947 suspendiert und dem Staatspräsidenten, der gemäß der Verfassung eigentlich nur ein nominelles Amt haben soll, starke Machtbefugnisse eingeräumt. In dem neuen Paket der ZVRC wurden diese außerordentlichen Machtbefugnisse des Präsidenten nicht aufgehoben, sondern nur reduziert.

Für die Ausübung des Notverordnungsrechts z.B. brauchte der Präsident nach den alten PAPMNR keine Zustimmung des Gesetzgebungsorgan (Parlament), dagegen ist gemäß der Bestimmung von ZVRC eine nachträgliche Zustimmung des Gesetzgebungsorgan erforderlich. Mit Ausnahme der Nationalen Sicherheitskonferenz und des Nationalen Sicherheitsamts unter dem Präsidentenamt und des Personalamts unter dem Exekutivorgan verfügt der Präsident nach den neuen Zusatzverfassungsartikeln nicht mehr über das Recht, ohne Gesetzerlaß neue Regierungorgane zu bilden. Auch für die genannten drei Organe, die früher gemäß den PAPMNR per Präsidialverordnung gegründet wurden, müssen vor Ende 1993 entsprechende

Gesetze vom Gesetzgebungsorgan verabschiedet werden, sonst verlieren sie ihre Gesetzmäßigkeit. Ferner kann ein Präsident künftig nicht mehr wie früher kraft der PAPMNR unbegrenzt lange gewählt werden. Es gilt wieder Art. 47 der Verfassung, die die Amtszeit des Präsidenten auf zwei aufeinanderfolgende Perioden (insgesamt 12 Jahre) beschränkt.

Die wichtigste Änderung gegenüber den alten Verfassungszusatzartikeln sind die Bestimmungen über Wahlen der drei nationalen parlamentarischen Organe: der Nationalversammlung, des Gesetzgebungs- und des Kontrollorgan. Bis heute sind die 1947-1948 gewählten Mitglieder der drei Häuser nicht neu gewählt worden - nur die sogenannten zusätzlichen Abgeordneten. Laut Beschluß des für Verfassungsauslegung zuständigen Rats der Hohen Richter des Gesetzgebungsorgan vom 21. Juni 1990 müssen alle vor 43 Jahren gewählten nationalen Parlamentarier bis Ende 1991 zurücktreten. Gleichzeitig wurde die Regierung aufgefordert, nach dem Rücktritt der alten Abgeordneten rechtzeitig Neuwahlen der nationalen Parlamentsorgane (erste Wahlen: 1947-1948) einschließlich eines Teils der "überregionalen" Abgeordneten, (d.h. also der Volksvertreter nicht nur für Taiwan, sondern für Gesamtchina) abzuhalten. (Ausführlich dazu s. C.a. Juni 1990, Ü 46, S. 441) Die Neuwahlen der drei erwähnten Häuser werden dementsprechend in den neuen Verfassungszusatzartikeln geregelt. Danach müssen die neue Nationalversammlung vor Ende Dezember 1991, der neue Gesetzgebungs- und der neue Kontrollorgan vor Ende Januar 1993 gewählt werden. Neben den Vertretern der einzelnen Regionen Taiwans und der Überseechinesen wird auch ein Teil der "überregionalen Abgeordneten für das Gesamtland" (China) gewählt, und zwar 80 für die Nationalversammlung, 30 für den Gesetzgebungs- und 5 für den Kontrollorgan.

Ein anderer wichtiger Unterschied zu den alten ergänzenden provisorischen Verfassungszusatzartikeln liegt in den Zielsetzungen. Die PAPMNR dienten dem Kampf gegen die kommunistische "Rebellion", dagegen sind die ZVRC für den Bedarf, wie es in der Präambel heißt, der Zeit vor der Vereinigung des Staats ausgerichtet. Ein Artikel befaßt sich auch mit neuen Gesetzen zur Re-